

#### **IV. Parlamentsforum Südliche Ostsee – Landtagspräsident Martin Kayenburg: Regionale Interessen in der EU-Meeresspolitik durch Bündelung der Kräfte voranbringen**

*KIEL (SHL) – Gemeinsamkeit macht stark: Die Regionen an der südlichen Ostsee wollen im Hinblick auf die künftige EU-Meeresspolitik ihre Interessen bündeln und sie auf nationaler und europäischer Ebene zu Gehör bringen.*

Über konkrete Projekte und Möglichkeiten grenzüberschreitender Zusammenarbeit in der Meeresspolitik, der See- und Hafenwirtschaft sowie gemeinsamer Aus- und Fortbildung im maritimen Bereich beraten heute und morgen im Kieler Landeshaus die im „Parlamentsforum Südliche Ostsee“ organisierten Landtage von Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, die polnischen Woiwodschaften (Regierungsbezirke) Pommern und Westpommern und die schwedische Region Schonen. Eingebunden in die Fach-Runden der rund 140 Politiker und Experten aus Wirtschaft- und Wissenschaft sind auch Vertreter der Duma (Parlament) des Kaliningrader Gebietes der Russischen Föderation. Das „Parlamentsforum Südliche Ostsee“ trifft sich zum vierten Mal und findet erstmals in Schleswig-Holstein statt.

„Wir wollen speziell bei der Ausbildung von Schiffspersonal und Ingenieuren an den Seefahrts-, Fachhoch- oder Hochschulen die internationale und zugleich interregionale Zusammenarbeit forcieren“, benennt Landtagspräsident und Gastgeber Martin Kayenburg eines der Ziele der Kooperation.

Denkbar sei eine Vereinheitlichung der Ausbildung, der Austausch von Lehrkräften und die engere Zusammenarbeit der Ausbildungsstätten an der südlichen Ostsee, beispielsweise der deutschen Schulen mit den polnischen Einrichtungen in Stettin und Gdynia. Dies könne von den Regionalregierungen umgesetzt und durch EU-Förderprogramme wie ERASMUS/SOKRATES gestützt werden. Wichtig sei es aber, die maritime Wirtschaft mit einzubinden.

Derzeit sei beispielsweise ein gemeinsamer internationaler Masterstudiengang Schiffsmaschinenbau der Fachhochschule Flensburg mit der Stettiner See-Hochschule in der Diskussion. Dieser sollte in englischer Sprache abgehalten werden und richte sich an Studierende aus der gesamten Ostsee-Region.

Eine engere Zusammenarbeit der Regierungen und der Wirtschaft ihrer Länder wollen die Regional-Politiker auch beim Einsatz maritimer Verkehrstechnologien erreichen. Dabei geht es um integrierte Schiffs- und Terminallösungen mit besonderer Eignung für den Kombiverkehr, um die Standardisierung von Hafenausstattungen für den Fähr- und „Roll on/Roll off“-Verkehr und auch die Hafenumschlagtechnologie.

Vor dem Hintergrund fortschreitender Globalisierung in der maritimen Wirtschaft fordern die Politiker zudem, die Zusammenarbeit und Partnerschaften kleiner und mittelständischer Unternehmen gezielt zu fördern, um die Vielfalt im Wettbewerb zu erhalten.

Mit Blick auf die Schiffssicherheit auf der Ostsee plädieren die Parlamentarier für den bedarfsgerechten Ausbau und die Weiterentwicklung maritimer Leit- und Sicherungssysteme.

Der vor drei Jahren in Danzig gegründete parlamentarische Verbund will regionale Interessen bündeln und sich mit grenzüberschreitender Kooperation und Präsentation mehr Gewicht verschaffen, als es ein einzelnes regionales Parlament vermag. Das deutsch-polnisch-schwedische „Parlamentsforum Südliche Ostseeforum“ versteht sich – unter Einbeziehung der Gebietsduma Kaliningrad – mit seinem „eigenständigen parlamentstypischen Ansatz als Mittler, Impulsgeber für die jeweiligen Regierungen und als öffentliches Forum“, so Landtagspräsident Martin Kayenburg. Bei der für die beteiligten Regionen „so elementar wichtigen künftigen EU-Meerespolitik“ müssten Parlamente, Regierungen, regionale und lokale Institutionen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung ihre Sichtweisen und ihre speziellen Kompetenzen einbringen.

Die Ergebnisse des „Forums Südliche Ostsee“ werden in den Beitrag der Ostseeregion zur europäischen Meerespolitik einfließen, der Themenschwerpunkt der 15. Ostseeparlamentarierkonferenz im September in Reykjavik sein wird. Die Bedeutung des Ostseeraumes in der EU-Meerespolitik wird auch zentrales Thema bei Ostseeparlamentarierkonferenz 2006 im Deutschen Bundestag in Berlin sein.